

Die Gaseinschränkung.

Von
Prof. Wilhelm Adler.

Auf unsere Anregung hatte der Reichskommissar für Gas und Elektrizität die Lebenswichtigkeit, zu der Erörterung über die neue Gasregelung noch einmal selbst Stellung zu nehmen.

Einige anscheinend nicht ganz richtig verstandene Neußerungen haben zu einer Pressenotiz geführt, in der es wörtlich heißt:

„Es handelt sich aber bei der uns zugemuteten Beschränkung einfach um die Unmöglichkeit, einen Haushalt nur halbwegs geordnet weiterzuführen zu können.“

Willt man die Berechtigung dieser Behauptung, so ergibt sich, daß die von den „Vertrauensleuten“ für Berlin aufgestellten Zahlen für den zulässigen Verbrauch nicht unerheblich über dem bisher beobachteten Durchschnitt liegen. Während nämlich die „Vossische Zeitung“ am 3. August für einen Berliner Wünnigasmesser im Durchschnitt 330 Kubikmeter und einen gewöhnlichen Gasmesser 390 Kubikmeter Verbrauch angibt, haben die Vertrauensmänner 360 und 550 Kubikmeter zugebilligt. Die „Berliner Morgenpost“ rechnet am 14. August für den Gaseinkauf bei einem Wünnigasmesser monatlich 5—6 M., also 365—450 Kubikmeter und bei einem Bohnflammenmesser haben die Vertrauensleute 800 Kubikmeter bewilligt. Sie haben also offensichtlich den „kleinen Mann“ mit dem Wünnigasmesser erheblich geschont, den mittleren dagegen bereits um 12 bis 20 v. H. rabioniert. Ich habe Verwahrung gegen die Unterstellung einlegen müssen, daß den Herren einfach die Verantwortung für alle das Schlimme zugehoben wurde, was in der Erregung des ersten Augenblicks und bei dem sehr deutlich fühlbaren Unmut anderer kommunaler Dienststellen, als es die Vertrauensleute sind, aus den erlassenen Bestimmungen herausgesehen und in den Spalten der Zeitungen veröffentlicht worden ist. Ich bin der unerschütterlichen Überzeugung, daß, solange die Kohlenbelieferung der Gaswerke nicht gesteigert wird, ein freies Laufenlassen des dauernd schnell zunehmenden Gasverbrauches sich im Interesse der bisherigen Wünniger verbietet: dies ist eine schließlich durch physikalische Gesetze gegebene Tatsache, gegen die weder anonyme Briefe, noch nette, kleine Gebichte, noch etwas nach Cayenne schmeckende Wünnchen von verkehrten Gasangriffen helfen können.

Wenn freilich immer wieder die Meinung hervortritt, daß die nötigen Mehrkohlen leicht zu beschaffen wären, so muß man darüber mit meinem Kollegen, dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung sprechen; hier ist meine Zuständigkeit an ihrer Grenze. Die gewünschte Einschränkung der Hüttenkolereien ist bereits seit Wochen in die Wege geleitet.

Niemand bestreitet, daß sparsames Wirtschaften unerlässlich ist; aber kaum einer bedenkt, wie schwer es sich lernt, und daß mit dem Lernen erst an dem Tage begonnen zu werden pflegt, an dem nach behördlicher Festsetzung die Ferien ihre Ende hätten. Auch ich lerne übrigens sehr gern und bin durchaus bereit, die vorliegenden Gegenvorschläge zu prüfen. Wenn die „Vossische Zeitung“ am 14. August von solchen von seiten des Berliner Magistrats berichtet, so habe ich allerdings noch keine Gelegenheit gehabt, diese kennen zu lernen. In den Kreisen des Kriegsammtes, denen ich nahe stehe, ist man immer davon ausgegangen, daß man gegenwärtig ganz besonders nach gegenseitigem Verstehen trachten müsse und nicht etwa nach gerichtlichen Auseinandersetzungen. Was sollte wohl der Rabi bei der Sache? Man ist im Kernpunkt, daß man sparsam zu wirtschaften habe, ja durchaus einig. Es ist leider unmöglich, eine Vorschrift aufzustellen, die allen Leuten recht ist und gerecht wird.

Die wenigen positiven Vorschläge in der öffentlichen Auseinandersetzung sind durchaus widerspruchsvoll. Der eine betrachtet die Beleuchtung als vernachlässigbar, der andere schilt darüber, daß ihr zu wenig Rechnung getragen wird. Man verlangt Trennung von Licht und Wärme, gibt aber selbst zu, daß da, wo keine getrennten Zähler vorhanden sind, auch keine getrennte Kontrolle möglich ist. Man wünscht durchgehende Tischzeit, verlangt aber da, wo Kinder sind, zweimaliges Kochen zu Mittag, da die Kinder nicht bis 5 Uhr warten können, „wenn Vater nach Hause kommt“. Man rief nach Zugrundelegung des vorjährigen Verbrauchs, betont, daß dies Verfahren den vorjährigen Sparrer bestrafe und den Verschwender belohne. Man bezeichnet die Vertrauensmänner als „interessierte Produzenten“ und bemerkt gar nicht, daß niemand sich mehr gegen jede irgend vermeintbare Einschränkung des Umsatzes wehrt als der Verkäufer. Uebrigens muß man bedenken, daß technisch sehr bedenkliche Vorschläge kommen könnten, wenn man etwa Nichtfachleute entscheiden lassen wollte.

Man vergleiche die Regelung in Frankreich, die allerdings Paris ausnimmt: So etwas würden sich die Berliner gewiß schon gar nicht gefallen lassen, denn bei uns besteht doch Gott sei Dank Einigkeit darüber, daß das ganze Reich gleichmäßig mitzumachen hat. Ich könnte noch manches über die Berücksichtigung der Kinder, der Kranken, der Kopfkahl der Familien sagen, über die gewerblichen Betriebe, die Ablesetage und ihren Einfluß auf den Vergleich mit dem Vorjahre, die Waschtage, die Pensionen, die möblierten Zimmer, die Gasmesser als Maßstab, die Warmwasseranlagen usw. Aber das hat wohl noch etwas Zeit. Es wird nämlich nichts so heiß gegessen, wie es trotz meiner Einschränkungsvorschrift mit Gas leider noch gelocht wird — und ich muß jetzt meinen „grünen Tisch“ gerade mal verlassen, um nach Wiesbaden zu fahren, wo sich die Zentralheigung gesprochen werden soll. Ich frage die Leute doch hin und wieder um ihre Meinung . . .

Der Magistrat Berlin gegen die Gasverordnung. Der Magistrat Berlin hat die aus Anlaß der geforderten Einschränkung des Gasverbrauches zu treffenden Maßnahmen im einzelnen eingehend durchberaten. Auf Grund der Beratungen werden, wie wir hören, bereits in den nächsten Tagen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Reiches stattfinden. Außerdem hat der Magistrat auch die Groß-Berliner Gemeinden zu einer gemeinsamen Beratung der einschlägigen Fragen eingeladen.